eaf

POLITISCH

WISSENSCHAFTLICH

PRAXISNAH

FPI

Familienpolitische Informationen

04/2025

Inhalt

2 FAMILIÄRE GEMEINSCHAFT UND INTERGENERATIONELLE GERECHTIGKEIT IN ZEITEN DER KLIMAKRISE
von Dr. Johannes Müller-Salo

7 SOZIALSTAAT NEU DENKEN – FAMILIENGERECHT UND ZUKUNFTSFÄHIG
von Nicole Trieloff

12 FAMILIENLEBEN, FAMILIENBILDUNG UND BERATUNG: FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE
von Doris Lüken-Klaßen und Regina Neumann

© Adobe Stock

FAMILIÄRE GEMEINSCHAFT UND INTERGENERATIONELLE GERECHTIGKEIT IN ZEITEN DER KLIMAKRISE

von Dr. Johannes Müller-Salo

Im Verhältnis der Generationen spiegeln sich die großen Krisen und Herausforderungen unserer Gegenwart. Ob es um die Bewältigung der Klimakrise oder der nahen wie späten Folgen der Corona-Pandemie, die Stabilität des Rentensystems und die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung, die Enge auf dem Wohnungsmarkt oder, besonders in diesem Jahr, um die Wehrpflicht und ein mögliches Gesellschaftsjahr geht: Eher früher als später geraten die Generationen in den Blick – als Betroffene, doch öfter noch als scheinbare Kontrahenten. Generationengerechtigkeit ist längst zum politischen Querschnittsthema geworden. Mitten

in den Diskussionen um scheinbare oder tatsächliche Konflikte findet sich diejenige gesellschaftliche Institution wieder, in der sich Menschen verschiedener Generationen am häufigsten und intensivsten begegnen: die Familie.

Generationen und Generationengerechtigkeit

Generationen sind theoretisch schwer zu fassen, eignen sich dafür umso besser für den politischen und öffentlichen Streit. Dieser Umstand weckt grundlegende Skepsis gegenüber dem Begriff der Generation: Handelt es sich bei Generationen überhaupt um eine relevante soziale Kategorie – oder sind Generationen ein „Mythos" (Schröder 2018), aus dem sich Klischeevorstellungen über zukunftsvergessene Boomer, apolitische Millennials und arbeitsscheue Jüngere aus der Gen Z speisen? Die sozialwissenschaftliche Generationenforschung ist sich der Herausforderungen in jedem Fall bewusst, die mit einer klaren Konturierung verschiedener Generationen einhergehen. Je nach theoretischem Ansatz werden Generationen als Gruppen verstanden, deren gemeinsame Identität sich aus geteilten biographischen, vor allem politischen Erfahrungen speist (die Kriegsgeneration, die 68er, die Fridays-for-Future-Generation, klassisch Mannheim 1964, vgl. Bude 2010) – oder aber als benachbarte Geburtsjahrgänge, die bestimmte sozioökonomische Merkmale teilen. Dies gilt klassisch etwa für die Boomer, die sich allein aufgrund der Tatsache, dass sie im Vergleich mit den benachbarten Generationen so viele Köpfe zählen, zeitlebens mit speziellen ökonomischen Herausforderungen konfrontiert sahen und sehen (Bude 2024).

Die Sozialwissenschaft liefert also durchaus umfassende und differenzierte Antworten auf die Frage, was eine Generation ist und was sie zusammenhält. Wahr ist aber auch: Bei Generationen handelt es sich in jedem Fall um abstrakte Kollektive von Millionen von Menschen, die sich in vielen Hinsichten, vom Geschlecht über den sozialen Hintergrund und das ihnen ermöglichte Bildungsniveau bis hin zur Konfession und politischen Haltung deutlich voneinander unterscheiden. Ist es dann überhaupt möglich, über Generationengerechtigkeit zu sprechen und hier allgemeine Aussagen zu treffen? Die Zweifel sind nachvollziehbar, lassen sich aber entkräften, wenn vergleichend auf „die" Gruppe „der" Frauen (oder „der" Männer) geschaut wird: Natürlich unterscheiden sich Menschen, die „der" Gruppe „der" Frauen angehören, in allen anderen relevanten sozialen Hinsichten teils deutlich voneinander. Nichtsdestotrotz haben Gesellschaften in langen Jahrzehnten harter Auseinandersetzung gelernt, wie wichtig Perspektiven der Geschlechtergerechtigkeit sind.

Ähnlich steht es mit den Generationen: Wer über Generationengerechtigkeit spricht, beurteilt die Lage von Menschen als Angehörige einer spezifischen Generation im Vergleich zu Angehörigen anderer Generationen (zu Theorien der Generationengerechtigkeit vgl. Tremmel 2012, Gosseries 2023). Diese Perspektive ist auch dann legitim, wenn gilt, dass zwischen Angehörigen derselben Generation relevante Unterschiede bestehen, die mit Ungerechtigkeiten behaftet sind. Hier gilt es, Versuche abzuwehren, die darauf abzielen, eine Form von Ungerechtigkeit gegen eine andere Form von Ungerechtigkeit auszuspielen. So wird etwa in Debatten um Generationengerechtigkeit gern und oftmals geradezu reflexhaft auf existierende Altersarmut – interessanterweise sehr viel seltener auf den skandalösen Umfang bestehender Kinderarmut – verwiesen. Altersarmut gehört bekämpft und sollte uns zugleich nicht daran hindern, Probleme der Generationengerechtigkeit in den Blick zu nehmen.

Die Klimakrise: Ressourcen, Institutionen, Mentalitäten

Gleich in zwei Hinsichten steht die Klimakrise im Mittelpunkt gegenwärtiger Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Generationen. Zum einen sucht die Klimakrise ihresgleichen, wenn es um die Größe der Probleme, die Menge der zu lösenden Aufgaben und die Höhe der zu stemmenden Kosten, aber auch um die Tiefe der notwendigen Veränderungen aller Lebens- und Alltagsbereiche geht. Zum anderen ist es die Klimakrise, in der sich die Gesellschaft existierender Probleme der Generationengerechtigkeit bewusst geworden ist. Eine Bewegung für Generationengerechtigkeit wäre auch als Rentenbewegung oder Artenschutzbewegung denkbar gewesen, ist aber faktisch als Klimabewegung entstanden.

Probleme der Generationengerechtigkeit stellen sich mit Blick auf die Klimakrise in den drei Dimensionen der Ressourcen, der Institutionen und der Mentalitäten (Müller-Salo 2024). Mit Blick auf die Ressourcen gilt es zu klären, wer in welchem Maße die Kosten des Klimaschutzes trägt und die Investitionen stemmt, die zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität notwendig sind. Der Hinweis, dass Nichtstun am Ende sicher deutlich teurer wird, löst das Verteilungsproblem nicht. Die Lasten – es sollte stets betont werden, dass es sich hierbei in vielen Fällen um Investitionen handelt, die nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht viel bewirken können – müssen zwischen öffent-

licher Hand, Privatwirtschaft und Bürgerschaft verteilt werden. Sie werden dabei auch zwischen den Generationen verteilt, etwa über die Aufnahme von Staatsschulden zur Finanzierung von Förderprogrammen.

Im Bereich der Institutionen gilt es zu fragen welche Generation wie in jenen Institutionen vertreten ist, die politisch, ökonomisch und soziokulturell für die Gesellschaft die Klimakrise bearbeiten, vom Bundestag und den Kommunalparlamenten über das behördliche Nachhaltigkeitsmanagement bis hin zu den Chefetagen in Unternehmen und Medienhäusern. Konfliktpotentiale ergeben sich hier nicht zuletzt daraus, dass der demographische Wandel die durch „normale" Lebensverläufe ohnehin stets gegebene Überrepräsentanz einzelner Generationen in relevanten Institutionen verschärft: Die Jüngeren brauchen nicht nur viel Zeit, bis sie sich einflussreiche Positionen erarbeiten können – sie sind auch immer weniger.

Schließlich ist die Bedeutung mentaler Generationenunterschiede für das Verständnis der Auseinandersetzungen um die Klimakrise kaum zu unterschätzen: Ein Großteil der Generation Z ist über die Klimafrage politisiert worden und hat direkt im Anschluss an diese Politisierungserfahrung die Pandemie erlebt: Ihre politisch bewussten Lebensjahre sind daher vor allem Jahren der Krise. Umgekehrt blicken viele Ältere auf Jahrzehnte zurück, in denen schon viele Weltuntergänge und Umbrüche erfolgreich bewältigt wurden, von Zuspitzungen des Kalten Krieges wie der Kuba-Krise über Tschernobyl bis hin zum Zusammenbruch des Ostblocks. Aus stark differierenden generationellen Lebenserfahrungen speisen sich unterschiedliche Perspektiven auf die Dringlichkeit der Klimakrise und das Ausmaß persönlicher Betroffenheit.

Sich wandelnde Mentalitäten sind aber etwa auch dort von Bedeutung, wo es um die Bewertung von Protest- und Diskursformen geht. Dies zeigte sich in aller Deutlichkeit im gesellschaftlichen Blick auf die Straßenblockaden der Letzten Generation. Relevante Teile der Medien wie der öffentlichen Meinung rückten die Proteste in die Nähe von Chaos, Gewalt und Terrorismus. Solche Wertungen erscheinen überzogen und zeugen von mangelnder gesellschaftlicher Bereitschaft, Konflikte auszuhalten und auszutragen: Um dies zu sehen, müssen die Blockaden nur einmal mit den Protest- und Widerstandsformen der 1968er und der seinerzeit vorhandenen Bereitschaft, Gewalt offen zu rechtfertigen (klassisch etwa bei Marcuse 1967), verglichen werden.

Allgemein gilt: Die hier vorgenommene analytische Unterscheidung in drei Dimensionen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Realität Probleme der Ressourcen, der Institutionen und der Mentalitäten eng miteinander verknüpft sind: Schließlich wird in den immer auch durch Mentalitäten geprägten Institutionen über die Ressourcen entschieden.

Familien im Klimakonflikt

In der Auseinandersetzung mit der Klimakrise kommt Familien eine besondere Rolle zu. Dies hat zunächst vor allem soziostrukturelle Gründe: Mitglieder verschiedener Generationen haben im Alltag immer weniger miteinander zu tun. Die Medien- und Hobbylandschaften differenzieren sich immer weiter aus. Generationenverbindende zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften verlieren an Einfluss. Die Digitalisierung verschärft die Trennung generationeller Lebenswelten.

> **„In dieser Situation wird der familiäre Küchentisch zu einem der letzten Orte niederschwelliger intergenerationeller Begegnung**

– aber immer wieder auch zur Konfliktzone (vgl. Müller-Salo 2022, Kap. 7): Wo es gut läuft, eröffnet die Familie durch Vertrauen geprägte Räume, in denen Angehörige der verschiedenen Generationen ihre Sicht der Dinge den anderen vermitteln, über eigene Sorgen sprechen und dabei auf Verständnis und Zuwendung hoffen dürfen. Die Jüngeren können davon berichten, wie die Klimakrise sie persönlich belastet. Längst haben Studien erwiesen, dass die Klimakrise insbesondere jungen Menschen weltweit psychisch massiv zusetzt (vgl. Kühner et al. 2025). Die Älteren wiederum können ihrem Ärger darüber Raum geben, dass in öffentlichen Debatten um das Klima immer wieder die Lebensleistung ganzer Generation infrage gestellt zu sein scheint und persönliche Aufstiegskämpfe keine Anerkennung finden. Gemeinsam kann erkundet werden, wie unterschiedliche Perspektiven verbunden und wie viel-

leicht auch selbst im Alltag etwas getan werden kann, beim Einkaufen oder auf den täglichen Wegen.
Wo es schlecht läuft, können Gespräche über die Klimakrise am Küchentisch aber auch zu unproduktiven Lebensstilkritiken führen: Die Jüngeren werfen den Älteren vor, der Zuspitzung der Krise tatenlos zugesehen zu haben – und die Älteren finden, dass die Jüngeren angesichts des von ihnen genossenen Lebens in Wohlstand gut daran täten, vom hohen moralischen Ross herabzusteigen. Die Situation erscheint dann umso herausfordernder, wenn der große Stress mitberücksichtigt wird, mit dem sich viele Familien konfrontiert sehen, werden doch an die Institution Familie bei wachsendem sozioökonomischem Druck immer größere Erwartungen gestellt.

Der Wert kommunaler Generationenarbeit

Wenngleich die Familie also große Potentiale bietet, zum Ort wertschätzender intergenerationeller Auseinandersetzung mit der Klimakrise zu werden, braucht es Unterstützungsangebote, die Familien entlasten und Angehörigen verschiedener Generationen neue Möglichkeiten eröffnen, miteinander über die Klimakrise ins Gespräch zu kommen. Gefragt ist hier insbesondere die lokale Projektarbeit: Es sind die konkreten kommunalen Orte, die verschiedene Generationen im Alltag miteinander teilen und an denen sie sich begegnen können. Gemeinsam mit dem Berliner Bildungsverein kosmos b e. V. (Berlin) arbeite ich aktuell an einem Projekt, welches kommunalen Akteur:innen aus der Verwaltung wie dem Ehrenamt über Fortbildungen wie über eine digitale Vernetzungsplattform Wissen und Kompetenzen vermittelt, auf deren Grundlage eigene generationenverbindende Projekte vor Ort entwickelt werden können. Indem sie Menschen verschiedener Altersgruppen miteinander verbindet, kann intergenerationelle Projektarbeit auch die Resilienz von Familien in Zeiten der Klimakrise stärken. Bei Projektveranstaltungen können sich verschiedene Generationen, etwa über Planspiele, mit der Klimakrise beschäftigen und losgelöst von familiären Kontexten Meinungen austauschen. Dieser Austausch erweitert die Perspektiven, weckt Neugier auf und Verständnis für andere Positionen. Und genau diese Neugier und dieses Verständnis kann anschließend wieder in die Familien hineingetragen werden und dort Wirkung entfalten.

Konkret kann dies dann etwa so aussehen: Helena streitet sich oft und nicht immer nur freundlich mit ihrem Großvater. Ihre Beziehung kennt verschiedene Konfliktfelder. Bei einem kommunalen Klimaplanspiel lernt Helena mit Franz einen Senior kennen, der ihren Klimaaktivismus und ihren nachhaltigkeitsbewussten Lebensstil für reichlich selbstgerecht hält und ihr das auch ungezwungen sagen kann. Er muss sie ja nicht unbedingt wiedersehen. Franz weist Helena etwa darauf hin, dass er seine Jugend ganz ohne politischen Anspruch größtenteils vegetarisch und im Zug verbracht hat: Für Fleisch und Flüge fehlte schlicht das Geld. Die Begegnung kann Helena dabei helfen, manche Reaktionen ihres Großvaters anders einzuordnen und ein Stück weit besser zu verstehen. Gleiches gilt natürlich umgekehrt auch für den Großvater, wenn er beim Klimaplanspiel mitmacht und dort mit einer ihm zuvor unbekannten Jugendlichen ins Gespräch kommt. Ist dieses kleine Szenario sehr idealistisch? Nicht zwingend. Intergenerationelles Verstehen ist möglich und gelingt immer wieder. Und außerdem: Wer es von vornherein unterlässt, den Generationendialog aktiv zu befördern, lässt Familien vorschnell mit einer weiteren gesellschaftlichen Großbaustelle allein.

Generationen Campus

Das Projekt GenerationenCampus25 – Kommunalen Zusammenhalt stärken! wird als Kooperationsprojekt von kosmos b e. V. (Berlin) und dem Institut für Philosophie der Leibniz Universität Hannover durchgeführt. Es wird als DATIpilot Innovationssprint vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert.
Weitere Informationen finden sich unter:
www.generationen-campus.org

Gelebte Wechselseitigkeit – gelebtes Miteinander

Die öffentliche Debatte der Klimakrise wird von einer intergenerationellen Meistererzählung dominiert: Bei der Rettung des Klimas geht es um die Rettung der Zukunft, um die Lebenschancen der Jüngeren und der noch nicht Geborenen. Deswegen sind es in erster Linie die Älteren, die in der Pflicht stehen, den Weg in die klimafreundliche Gesellschaft zu ebnen und auch persönlich Verzicht zu leisten. Sie sind moralisch gefordert; die Macht und das Geld haben sie zu großen Teilen ohnehin. Diese Erzählung gilt es in zwei wesentlichen Hinsichten zu korrigieren:

Erstens, schon lange sind nicht mehr nur die Jüngeren Betroffene der Klimakrise. Die Klimakrise ist angekom-

men. Sie betrifft alle und nicht zuletzt alte Menschen, die etwa öfter Opfer von Hitzewellen werden. Diese treten aufgrund der Klimakrise deutlich häufiger und länger auf, wie die Wissenschaft inzwischen klar belegen kann (Otto 2020).

Zweitens, Generationenverhältnisse sind nicht nur durch die Klimakrise geprägt. Generationengerechtigkeit ist in vielen Feldern relevant – und gerade auch in solchen, in denen es vor allem die Jüngeren sind, die geben oder geben werden müssen. Ich denke dabei insbesondere an die Felder von Pflege und Gesundheit: Unsere Gesellschaft steht hier absehbar vor größten Herausforderungen, wenn die geburtenstärksten Jahrgänge in anderthalb Jahrzehnten in das Alter der Pflegebedürftigkeit kommen. Es werden wohl wieder die Familien sein, die diese Last zu schultern haben; Familien, deren Generationen zugleich räumlich immer weiter voneinander entfernt wohnen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit: Generationengerechtigkeit ist keine Einbahnstraße, sondern ein Geben und Nehmen, das auf Wechselseitigkeit beruht und gerade deswegen ein gelingendes Miteinander ermöglicht, in den Familien wie in der Gesellschaft insgesamt.

Johannes Müller-Salo, Dr. phil.

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Leibniz Universität Hannover. Er forscht zu Fragen der Ethik, der politischen Philosophie und der philosophischen Ästhetik.
Aktuelle Publikationen: Auf Achse. Wohnen, Arbeit und die Zukunft der Mobilität (2025); Offene Rechnungen. Der kalte Konflikt der Generationen (2022); Klima, Sprache und Moral. Eine philosophische Kritik (2020, alle im Reclam Verlag Stuttgart).

LITERATUR

Bude, Heinz. 2024. Abschied von den Boomern. München: Hanser.
Bude, Heinz. 2010. Soziologie der Generationen. In: Handbuch spezielle Soziologien, herausgegeben von Georg Kneer und Markus Schroer, 1. Aufl., S. 421–436. Wiesbaden: Springer VS.
Gosseries, Axel. 2023. What Is Intergenerational Justice? Cambridge: Polity.
Kühner, Clara, Corinna Gemmecke, Joachim Hüffmeier, Hannes Zacher. 2025. Climate Change Anxiety. A Meta-Analysis. Global Environmental Change 93: 103015. https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2025.103015.
Mannheim, Karl. 1964. Das Problem der Generationen [1928]. In: Karl Mannheim: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, hrsg. v. Kurt H. Wolff, 1. Aufl., S. 509–565. Neuwied/Berlin: Luchterhand.
Marcuse, Herbert. 1967. Repressive Toleranz. In: Ders., Robert Paul Wolff, Barrington Moore: Kritik der reinen Toleranz, S. 91–128. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Müller-Salo, Johannes. 2024. Generationenkonflikte. Dimensionen und Lösungen. In: Konfliktdynamik. Verhandeln, Vermitteln und Entscheiden in Wirtschaft und Gesellschaft 13/1, S. 7–12. https://doi.org/10.5771/2193-0147-2024-1-7.
Müller-Salo, Johannes. 2022. Offene Rechnungen. Der kalte Konflikt der Generationen. Stuttgart: Reclam.
Otto, Friederike. 2020. Wütendes Wetter. Auf der Suche nach den Schuldigen für Hitzewellen, Hochwasser und Stürme. Unter Mitarbeit v. Benjamin von Brackel. Berlin: Ullstein.
Schröder, Martin. 2018. Der Generationenmythos. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, S. 469–494. https://doi.org/10.1007/s11577-018-0570-6.
Tremmel, Jörg C. Eine Theorie der Generationengerechtigkeit. Paderborn: Mentis.

GUTES KLIMA FÜR FAMILIEN: WIE GESTALTEN WIR EINE FAMILIENGERECHTE UND SOZIALE KLIMAWENDE?

Online-Gesprächsreihe von eaf und Familienbund der Katholiken (FDK)

Klimapolitik und Nachhaltigkeit aus der Familienperspektive zu betrachten und mit Familiengerechtigkeit und sozialen Fragen zusammenzudenken, ist für die eaf wie für den Familienbund von großer Relevanz.
Die nächste Veranstaltung zum Thema **„Wann ist es genug? Familienleben zwischen Wohlstandsidealen und Nachhaltigkeit“** findet am 10. Dezember statt. Die Dokumentation der zurückliegenden Veranstaltungen sowie weitere Informationen unter:
www.eaf-bund.de

© Adobe Stock

SOZIALSTAAT NEU DENKEN – FAMILIENGERECHT UND ZUKUNFTSFÄHIG

von Nicole Trieloff

Die Bundesregierung plant eine grundlegende Reform des Sozialstaats: Leistungen sollen modernisiert, entbürokratisiert und stärker digitalisiert werden, damit sie schneller, transparenter und verlässlicher zugänglich sind. Staatssekretär Dr. Michael Schäfer betont: „Ein moderner Sozialstaat kann nicht ohne effektive und bürgerfreundliche Digitalisierung gedacht werden."

Die eaf begleitet diesen Prozess konstruktiv-kritisch. Als familienpolitische Stimme hat sie ihre Perspektiven in den Stakeholdergesprächen der Kommission zur Sozialstaatsreform eingebracht und setzt sich dafür ein, dass die Reform konsequent an den Lebenslagen von Familien ansetzt.

Dass dieses Vorhaben überfällig ist, zeigt auch die öffentliche Wahrnehmung: Laut einer aktuellen Civey-Umfrage im Auftrag der Süddeutschen Zeitung hält fast jede:r Zweite den Sozialstaat für dysfunktional, 67 Prozent empfinden ihn als ungerecht. Familien erleben ein System, das komplex, unübersichtlich und häufig nur schwer zugänglich ist – ausgerechnet dort, wo Unterstützung besonders entscheidend ist.

Ein zukunftsfähiger Sozialstaat braucht deshalb eine klare Vision, die über Effizienz- und Sparlogiken hinausreicht. Er muss beantworten, wie wir gesellschaftliches Zusammenleben solidarisch, gerecht und lebensdienlich gestalten wollen – heute und für kommende Generationen. Nur ein Sozialstaat, der diesen strukturellen Wandel aktiv gestaltet und Familien verlässlich unterstützt, kann soziale Sicherheit schaffen, wirtschaftliche Stabilität fördern und demokratischen Zusammenhalt stärken.

Familien in ihrer Lebensrealität erreichen – strukturelle Hürden wirksam abbauen

Familien sehen sich heute mit einem Sozialleistungssystem konfrontiert, das alles andere als zugänglich ist. Sie müssen sich durch eine Vielzahl paralleler Leistungen navigieren, die sich durch Vor- und Nachrangigkeit, Anrechnungsmechanismen und unterschiedliche Zuständigkeiten überlagern – ohne eine konsistente, nachvollziehbare Logik (vgl. NKR 2024). Besonders belastet sind Alleinerziehende sowie Familien mit niedrigem oder schwankendem Einkommen.

Gleichzeitig haben die vergangenen Jahre Familien stark gefordert: Pandemie, Inflation, Energie- und Klimakrise sowie geopolitische Spannungen haben Alltags- und Erwerbsrealitäten grundlegend verändert. Hinzu kommen ein überlastetes Bildungs- und Betreuungssystem und ein Arbeitsmarkt, der zunehmend Flexibilität verlangt. Eltern jonglieren zwischen Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und familiärer Fürsorge, begleiten die Bildung ihrer Kinder, pflegen Angehörige und halten den Alltag am Laufen – in einem Unterstützungssystem, das mit diesen Anforderungen kaum Schritt hält.

Historisch gewachsene Strukturen, kleinteilige Regelungen, umfangreiche Nachweispflichten, unterschiedliche Fristen und nicht abgestimmte Transferentzugsraten kosten Kraft, Zeit und Nerven. Was entlasten soll, wird so selbst zur Belastung.

> **„Dabei braucht es einen Sozialstaat, der Familien verlässlich stärkt, der existenzsichernde Leistungen gewährleistet, faire Startchancen für alle Kinder eröffnet und Vereinbarkeit sowie partnerschaftliche Sorgearbeit erleichtert.**

Dazu gehören einerseits finanzielle Unterstützung im Bedarfsfall, andererseits eine tragfähige soziale Infrastruktur mit wohnortnahen, qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten. Nur so werden gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und soziale Ungleichheiten wirksam verringert.

Eltern müssen darauf vertrauen können, dass ihre Kinder faire Chancen und gute Bedingungen vorfinden. Wo dieses Zutrauen schwindet, gerät auch das Vertrauen in Politik, Institutionen – und letztlich in unsere Demokratie ins Wanken.

Besonders wichtig sind dabei die Rechte und Chancen von Kindern. Bildung, Teilhabe und ein gutes Aufwachsen hängen in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Lage der Eltern ab (u. a. Wübben Stiftung 2024; Bertelsmann Stiftung 2025). Internationale Verpflichtungen – etwa aus der UN-Kinderrechtskonvention oder der EU-Grundrechtecharta – unterstreichen das Recht jedes Kindes auf Förderung, Schutz und Teilhabe.

Zentrale Richtschnur ist das Kindeswohl: Es umfasst weit mehr als den Schutz vor Gefährdung. Es steht für das Recht auf ein gutes Aufwachsen in stabilen Beziehungen – mit Zuwendung, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und realen Zukunftsperspektiven.

Digitale Lösungen mit sozialer Infrastruktur im Sozialraum verknüpfen

Die Reform des Sozialstaats setzt stark auf Digitalisierung, Automatisierung und eine bessere Vernetzung der Systeme. Ziel sind mehr Übersichtlichkeit, einfachere Verfahren und ein schnellerer Zugang zu Leistungen. Die eaf begrüßt ausdrücklich, dass über Prinzipien wie das One-Stop-Shop-Modell, das Once-Only-Prinzip oder eine automatisierte Leistungsgewährung („No-Stop-Shop“) diskutiert wird. Wo Verfahren vereinfacht, Leistungen gebündelt und Daten klug genutzt werden, entstehen neue Chancen für gerechtere Absicherung, mehr Teilhabe und eine familienfreundliche Verwaltung.

Gerade Familien mit niedrigem Einkommen oder komplexen Lebenslagen profitieren besonders. Wenn Nachweise wie Gehaltsabrechnungen oder Bescheide zu Arbeitslosengeld, Rente oder Elterngeld nur einmal eingereicht werden müssen (Once-Only), sinkt der Aufwand spürbar. Leistungen über eine zentrale Anlaufstelle zu beantragen (One-Stop-Shop) spart Zeit – eine Ressource, die im Familienalltag häufig knapp ist. Und wo möglich, können automatisierte Verfahren (No-Stop-Shop), etwa beim Kindergeld, Zugänge weiter erleichtern.

Digitale Lösungen führen jedoch nur dann zu mehr sozialer Gerechtigkeit, wenn digitale Teilhabe selbst gesichert ist. Gerade armutsbetroffene Familien sind überdurchschnittlich häufig digital ausgeschlossen: Fast ein Fünftel der armutsbetroffenen Haushalte verfügt über keinen Internetanschluss – doppelt so viele wie im Durchschnitt (Paritätischer Gesamtverband 2023). Digitale Endgeräte wie Tablets oder Laptops sind im derzeitigen Regelsatz nicht als eigener Bedarf vorgesehen; der pauschale Ansatz reicht nachweislich nicht aus. Die Folge: Digitale Teilhabe – sei es für Bildung, Berufsorientierung oder Behördenkontakte – bleibt für viele unerreichbar.

Wo Alltag und Beruf keine Lernräume bieten, fehlen digitale Kompetenzen. Wer digital nicht sicher navigiert, ist im digitalen Sozialstaat doppelt benachteiligt.

Deshalb braucht es analoge Brückenstrukturen im Sozialraum. Die eaf spricht sich – wie auch der Nationale Normenkontrollrat – ausdrücklich für persönliche, niedrigschwellige Anlaufstellen („Front Offices“) aus. Sie müssen gut erreichbar, kultursensibel gestaltet und personell verlässlich ausgestattet sein. Denn sie sind entscheidend für all jene, die mit Sprachbarrieren, Unsicherheiten oder fehlender Ausstattung leben – und ohne direkte Unterstützung keinen Zugang zum Sozialstaat finden.

Digitale Verfahren und soziale Infrastruktur müssen gemeinsam gedacht werden. Ein digitalisierter Sozialstaat darf nicht zum exklusiven System werden. Er muss gerade auch denen offenstehen, die heute offline sind – oder offline bleiben wollen. Nur so wird Teilhabe für alle möglich.

Pauschalierung vs. Einzelfallgerechtigkeit – Plädoyer für Augenmaß

Pauschalierungen können ein wirksamer Hebel sein, um Leistungen übersichtlicher zu gestalten, Verfahren zu vereinfachen und Verwaltung wie Familien zu entlasten. Sie erleichtern automatisierte Abläufe und verbessern den Zugang, sofern sie realistisch, nachvollziehbar und praxistauglich bemessen sind. Typische Regelfälle – etwa die Erstausstattung bei Neugeborenen – lassen sich gut pauschal abbilden. Das schafft Zeit für individuelle Beratung dort, wo sie tatsächlich nötig ist.

Voraussetzung ist allerdings, dass Pauschalen hinreichend hoch, bedarfsorientiert und praxistauglich ausgestaltet sind. Pauschalierung darf nicht zum Einfallstor für pauschale Unterdeckung werden.

Grenzen zeigen sich überall dort, wo Bedarfe stark variieren – besonders deutlich bei den Wohnkosten. Diese unterscheiden sich regional erheblich; eine pauschale Deckelung würde zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten führen. Die Daten belegen das: 2024 erhielten 334.000 Bedarfsgemeinschaften (12,6 %) nicht ihre tatsächlichen Wohn- und Heizkosten erstattet; die durchschnittliche monatliche Lücke betrug 116 Euro (Tacheles 2024).

Solche strukturellen Unterdeckungen treffen vor allem Haushalte mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern besonders. Zusätzliche Belastungen müssen dann aus ohnehin knappen Regelsätzen gedeckt werden – das schwächt Eigenständigkeit und kann im schlimmsten Fall den Wohnungsverlust nach sich ziehen. Verlorener Wohnraum bedeutet nicht nur sozialen Abstieg, sondern erzeugt auch erhebliche Folgekosten. Vermeintliche Einsparungen werden am Ende teuer.

Eine pauschalierte Leistungsgewährung darf daher nicht blind gegenüber realen Bedarfen sein. Sie braucht kluge Differenzierungen, damit Leistungen nachvollziehbar, einfach und zugleich bedarfsdeckend ausgestaltet sind.

Ganzheitlich beraten, Lebenslagen ernst nehmen, Wege verkürzen

Zugänge zum Sozialstaat müssen nicht nur niedrigschwellig, sondern auch lebensnah gestaltet sein. Wer Unterstützung sucht, braucht keine Verweise auf „zuständige Stellen“, sondern Orientierung: Beratung, die Zusammenhänge herstellt, Wege aufzeigt und den Zugang zu Leistungen erleichtert.

In der Praxis erleben Familien jedoch häufig das Gegenteil. Viele Anlaufstellen sind nicht befugt – oder faktisch nicht in der Lage –, über ihren eigenen Rechtsbereich hinaus zu beraten. Gründe sind unklare Zuständigkeiten, enge Rechtsrahmen oder Haftungsrisiken (vgl. NKR 2024).

Das führt dazu, dass Familien ihre Situation mehrfach schildern müssen, unterschiedliche Anträge stellen – und doch keinen Überblick gewinnen. Das ist nicht nur ineffizient, sondern familienfern.

Die eaf plädiert deshalb für eine verbindliche Verankerung interdisziplinärer, lebenslagenbezogener Beratung – insbesondere in den Anlaufstellen im Sozialraum. Diese müssen personell gut ausgestattet, rechtlich befugt und kulturell anschlussfähig sein, um situativ passende, familiengerechte Lösungen auch über Zuständigkeitsgrenzen hinweg aufzeigen zu können.

Vereinfachung, Bündelung und Digitalisierung sind wichtige Hebel für einen modernen Sozialstaat. Doch entscheidend bleibt, was am Ende bei den Familien ankommt – und ob sich ihre reale Lage verbessert. Ein zentrales

strukturelles Problem liegt derzeit in den schlecht aufeinander abgestimmten Transferentzugsraten: Durch die Anrechnung von Einkommen auf verschiedene Leistungen – etwa bei Wohngeld oder Kinderzuschlag – entstehen in der Praxis häufig sehr hohe Grenzbelastungen. Zusätzliche Erwerbsarbeit oder Unterhaltszahlungen führen kaum zu einem realen Zugewinn, weil bestehende Ansprüche gleichzeitig gekürzt oder aufgehoben werden (u. a. Steffen 2024).

Das untergräbt Erwerbsanreize – und schwächt das Vertrauen in die Wirksamkeit des Sozialstaats. Neben einer Reform der Verfahren müssen auch inhaltliche Verbesserungen an den bestehenden Leistungssystemen vorgenommen werden. Leistungen sollten nicht nur einfacher erreichbar, sondern auch ausreichend, gerecht und an den Schnittstellen gut aufeinander abgestimmt sein – gerade für Familien, die mit besonderen Belastungen oder prekären Lebenslagen konfrontiert sind.

Kindeswohl als Maßstab – kindliche Bedarfe neu definieren

Die Absicherung kindlicher Bedarfe braucht eine grundlegende Neuausrichtung: weg von statistisch ermittelten Mindestwerten – hin zu einem normativen Maßstab, der sich daran orientiert, was Kinder für ein gutes Aufwachsen, eine gesunde Entwicklung und echte gesellschaftliche Teilhabe benötigen (vgl. eaf 2023a).

Das derzeitige Kinderexistenzminimum wird maßgeblich durch die Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung bestimmt. Grundlage ist eine Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die sich an den Ausgaben der einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte orientiert. Dabei fließen auch Familien ein, die aufstockende Leistungen beziehen oder ihre Ansprüche nicht geltend machen – und damit Konsummuster, die bereits durch Mangel geprägt sind. Es entstehen zirkuläre Effekte: Mangellagen werden zum Maßstab, kindliche Bedarfe systematisch unterdeckt.

Diese Unterdeckung wirkt weiter: Der Kinderregelsatz bildet die Grundlage für das steuerliche Existenzminimum – und damit auch für die Höhe von Kinderzuschlag und Mindestunterhalt. Ist der Ausgangswert zu niedrig, setzt sich die Lücke im Steuer-, Sozial- und Unterhaltsrecht fort.

Nötig ist daher eine realistische, kindgerechte Definition des soziokulturellen Existenzminimums, die sich an den Lebensverhältnissen mittlerer Einkommen orientiert – und nicht am Konsumniveau der ärmsten Haushalte. Denn das Kindeswohl definiert sich nicht durch das Minimum des Notwendigen, sondern durch das, was Kindern eine gute Entwicklung ermöglicht.

Darüber hinaus setzt sich die eaf für ein einheitlich ausgestaltetes Kindergeld ein, das der steuerlichen Entlastung durch den Kinderfreibetrag entspricht – für gleiche Unterstützung aller Kinder, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern.

Familienvielfalt ernst nehmen – Umgangsmehrbedarfe berücksichtigen

Kinder wachsen in vielfältigen Familienformen auf – auch das muss ein moderner Sozialstaat stärker abbilden. Besonders herausgefordert sind Ein-Eltern-Familien: Hier bündeln sich Sorgearbeit, Existenzsicherung und Alltagsorganisation in einer Person. Über die Hälfte der Familien im SGB-II-Bezug sind Alleinerziehende, rund 45 Prozent aller Kinder im Bürgergeldbezug leben mit einem alleinerziehenden Elternteil. Diese Familien tragen strukturell und finanziell überdurchschnittliche Belastungen (u. a. Bertelsmann Stiftung 2024).

Ein bislang ungelöstes Gerechtigkeitsproblem betrifft Kinder in Trennungsfamilien, die regelmäßig zwischen zwei Haushalten pendeln. Für sie entstehen doppelte Ausgaben – etwa für Kleidung, Ausstattung oder Freizeitaktivitäten –, die sozialrechtlich bisher nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Ein vielfach geforderter sozialrechtlicher Umgangsmehrbedarf – wie ihn auch die eaf in ihrer Stellungnahme zur Kindergrundsicherung befürwortet (eaf 2023b) – fehlt weiterhin. Stattdessen wird bei temporären Bedarfsgemeinschaften der Anspruch des Kindes beim hauptbetreuenden Elternteil für die Tage gekürzt, an denen es sich im zweiten Haushalt aufhält. Diese Aufteilung ignoriert, dass Bedarfe sich nicht halbieren, sondern zusätzlich entstehen (vgl. VAMV 2022). In einkommensarmen Haushalten führt das regelmäßig zu Unterdeckungen.

Kommt es dann zu zusätzlichen Belastungen – etwa einer defekten Waschmaschine oder hohen Nachzahlungen –, geraten selbst zweckgebundene Leistungen für Kinder unter Druck. Dinge wie Fußballschuhe, Ausflüge oder Geburtstagsfeiern werden zur Ausnahme.

Sozialstaatliche Leistungen müssen auch in komplexen Familienkonstellationen zuverlässig wirken – gerade dort, wo sie besonders gebraucht werden.

Sozialstaat reformieren – Familien stärken, Chancen eröffnen

Die geplante Sozialstaatsreform ist eine Richtungsentscheidung: Entweder verstetigt sie eine Misstrauenskultur, in der Familien weiterhin Hürden überwinden und ihre Bedürftigkeit immer wieder nachweisen müssen – oder sie stärkt eine neue Kultur des Vertrauens, die Zugänge erleichtert und Barrieren abbaut.

Die Reform hat das Potenzial, Familien besser zu erreichen, Unterstützung gezielter zu gestalten und soziale Sicherheit nachhaltig zu stärken. Vereinfachte Verfahren und digitale Lösungen sind dabei wichtige Schritte, greifen aber nur, wenn sie mit einer inhaltlichen Weiterentwicklung der Leistungen einhergehen und sich konsequent an den realen Lebenslagen der Familien orientieren. Digitale Zugänge müssen durch analoge Unterstützung ergänzt, Beratung ganzheitlich gedacht und kindliche Bedarfe verlässlich abgesichert werden – orientiert am Kindeswohl statt an rechnerischen Mindestwerten.

Monetäre Leistungen und soziale Infrastruktur dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht beides: verlässliche finanzielle Absicherung und Investitionen in eine funktionierende Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur – von Kitas und Schulen bis hin zu Beratung, Familienbildung, Freizeitangeboten und Sprachförderung. Nur im Zusammenspiel von materieller Sicherheit, struktureller Förderung und tragfähiger Infrastruktur entstehen gerechte Chancen für alle Kinder und eine nachhaltige Stärkung von Familien.

Nicole Trieloff
ist Bundesgeschäftsführerin der eaf e. V.

Der Beitrag basiert auf der **Stellungnahme der eaf zur Sozialstaatskommission** (2025) und integriert ergänzende aktuelle Entwicklungen.

LITERATUR

Bertelsmann Stiftung (2024): Alleinerziehende in Deutschland. Factsheet 2024; Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Factsheet_Alleinerziehende_2024.pdf (Zugriff: 11.09.2025).

Bertelsmann Stiftung (2025): Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für ein gelingendes Aufwachsen. Gütersloh.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2025): Kommission zur Sozialstaatsreform hat ihre Arbeit aufgenommen. Pressemitteilung vom 05.11.2025. Online unter: https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2025/kommission-zur-sozialstaatsreform-hat-ihre-arbeit-aufgenommen.html; (Zugriff: 25.11.2025)

evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) e. V. (2023a): Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMFSFJ „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung und zur Änderung weiterer Bestimmungen"; Berlin; Online unter: https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2023-09/230906_STN_RefE_Einf%C3%BChrung_KGS_final.pdf

evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) e. V. (2023b): Einfache Änderungen – große Wirkung: Drei Prioritäten der eaf im parlamentarischen Verfahren zur Kindergrundsicherung. Stellungnahme zum RegE Kindergrundsicherung; Berlin; Online unter: https://www.eaf-bund.de/sites/default/files/2023-11/231110_STN_RegE_Einfuehrung_KGS.pdf
(Vgl. dazu: Diakonie Deutschland, Konzept für einen Umgangsmehrbedarf in der Grundsicherung, 24.03.2021.)

Mütze, Janina (2025): Einschätzung zum Zustand des deutschen Sozialstaats, geäußert im Rahmen des SZ-Wirtschaftsgipfels 2025; Zusammenfassung im LinkedIn-Beitrag vom 12. Februar 2025. Abrufbar unter: https://www.linkedin.com/posts/janinamuetze_unsere-hausaufgaben-müssen-wir-schon-selbst-activity-7396881195839569920-QsbN/; (Zugriff: 25.11.2025). Janina Mütze ist Gründerin und Aufsichtsrätin des Meinungsforschungsinstituts Civey.

Nationaler Normenkontrollrat (NKR) (2024): Wege aus der Komplexitätsfalle: Vereinfachung und Automatisierung von Sozialleistungen – Gutachten, Berlin.

Paritätischer Gesamtverband (2023): Armut und digitale Teilhabe. Empirische Befunde zur Frage des Zugangs zur digitalen Teilhabe in Abhängigkeit von Einkommensarmut. Forschungsstelle, Berlin.

Süddeutsche Zeitung – Wirtschaftsgipfel (2025): LinkedIn-Beitrag vom 12. Februar 2025. Abrufbar unter: https://www.linkedin.com/posts/szgipfel_szgipfel-activity-7396863429107609600-ePAP; (Zugriff: 25.11.2025).

Steffen, Johannes (2024): Transferentzug und Grenzbelastung. Portal Sozialpolitik, Stand: Januar 2024; Online unter: https://www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=transferentzug_und_grenzbelastung; (Zugriff: 11.09.2025).

Tacheles e. V. (2024): Wohnkostenlücke 2024 ist erwartungsgemäß stark gestiegen. Online unter: https://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/archiv/wohnkostenluecke-2024.html (Zugriff: 11.09.2025).

Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) (2022): Existenzsicherung von Kindern getrennter Eltern. Reformbedarf im Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht. Berlin.

Wübben Stiftung Bildung (2024): Woher und Wohin – Soziale Herkunft und Bildungserfolg. Essen, S. 3

© pixabay

FAMILIENLEBEN, FAMILIEN-BILDUNG UND BERATUNG: FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE

Während der Corona-Pandemie standen Familien vor enormen Herausforderungen: Kontakte wurden eingeschränkt, Schulen geschlossen, der Arbeitsalltag geriet aus dem Takt, und viele Menschen litten unter gesundheitlichen Sorgen und Existenzängsten. Auch wenn diese Zeit inzwischen weit zurückzuliegen scheint, sind die damals eingeleiteten Maßnahmen und Veränderungen in Familien sowie in der Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe bis heute spürbar.
Basierend auf unserem Projekt „kontakt.los! Bildung und Beratung für Familien während der Corona-Pandemie“ wird aufgezeigt, welche Unterstützungs- und Beratungsangebote Familien in dieser Krisenzeit nutzen konnten, welche Sorgen und Themen sie beschäftigten und welche innovativen Ansätze sich in der Praxis als tragfähig erwiesen haben. Die Ergebnisse verdeutlichen, welche zentrale Rolle Familienbildung und familienbezogene Beratung in gesellschaftlichen Krisen einnehmen, welche Entwicklungsbedarfe sich daraus ableiten lassen und welche Aspekte künftig in Fachpraxis und Politik besondere Beachtung finden sollten.

von Doris Lüken-Klaßen und Regina Neumann

Die Corona-Pandemie und ihre gesellschaftlichen Spuren

Der Ausbruch der Corona-Pandemie liegt inzwischen mehr als fünf Jahre zurück. Geschlossene Schulen, gesperrte Spielplätze, Masken beim Einkaufen und die Sorgen angesichts zunächst fehlender Impfstoffe sind in der öffentlichen Erinnerung zunehmend verblasst. Zugleich wirken die Pandemie, die zu ihrer Eindämmung ergriffenen Maßnahmen und die damit verbundenen Erfahrungen bis heute nach.

Der Bundestag hat daher im Juli 2025 die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen, die die Folgen der Pandemie aufarbeiten und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse ziehen soll. Ein besonderes Augenmerk soll die Kommission, die sich im September 2025 konstituiert hat, auf die Auswirkungen auf Familien sowie auf die Gesundheit und persönliche Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen legen.

Denn die Einschnitte für diese waren erheblich: Kontaktbeschränkungen, die Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie wachsende soziale Spannungen stellten Familien vor große organisatorische, emotionale und erzieherische Herausforderungen. Die Pandemiejahre waren eine prägende Zeit, in der Familien viel geleistet und kompensiert haben, zugleich jedoch auf vielfältige Weise belastet waren – besonders diejenigen in sozial benachteiligten Lebenslagen (Bujard et al., 2021). Nun gilt es, den damals angestoßenen Digitalisierungsschub sowie neue Arbeits- und Lebensformen zu gestalten und mit veränderten Einstellungen, Routinen und Beziehungen umzugehen.

Ob als unmittelbare Folge der Pandemie oder (auch) aufgrund anderer gesellschaftlicher Ereignisse – aktuelle Studien zeichnen ein besorgniserregendes Bild der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Prävalenz (psycho-)somatischer Beschwerden, psychischer Auffälligkeiten und depressiver Symptome ist – auch wenn sie nach dem Ende der Pandemie leicht zurückgegangen ist – weiterhin erhöht und liegt über dem Niveau der Jahre vor 2020 (Hanewinkel et al., 2024). Zudem haben Einsamkeitsgefühle, insbesondere bei jüngeren Menschen, während der Pandemie deutlich zugenommen (Diabaté et al., 2024). Unter Eltern sind Stress, Erschöpfung und Belastung weit verbreitet. Parallel dazu hat die Nutzung digitaler Medien in den letzten Jahren deutlich zugenommen und ist als prominentes Thema im Erziehungsalltag somit auch dringliche Aufgabe der Familienbildung (BMFSFJ, 2021). Und die Zahlen der Inanspruchnahme von Erziehungsberatung befinden sich auf einem neuen Höchststand (Fendrich & Tabel, 2025).

Die Pandemie als Einschnitt für die Kinder- und Jugendhilfe

In herausfordernden Lebensphasen, in denen innerfamiliäre Konflikte oder häusliche Gewalt zunehmen können, finden Familien üblicherweise Unterstützung in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Familienbildungseinrichtungen bieten niedrigschwellige Zugänge zu Beratung, Information, Kursen – und einen Ort für Austausch und Gespräche. Bei spezifischen oder komplexeren Problemlagen stehen darüber hinaus Leistungen wie die Schwangerschafts-, Erziehungs- sowie Ehe- und Familienberatung oder die Frühen Hilfen der Jugendämter zur Verfügung.

Mit ihrem gesetzlichen Auftrag, die Gesundheit zu fördern, zur Selbsthilfe zu befähigen, Beziehungs- und Erziehungskompetenzen zu stärken, gewaltfreie Konfliktlösungen zu unterstützen und Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu begleiten, leisten Familienbildung und familienbezogene Beratung einen zentralen Beitrag zum Wohlergehen von Familien. Sie erweisen sich nicht nur im Alltag sowie bei Übergängen und Umbrüchen im Lebenslauf als bedeutsam, sondern haben sich auch in Krisenzeiten als flexible und relevante gesellschaftliche Akteurinnen bewährt (vgl. Lüken-Klaßen & Neumann, 2019).

Damit Familienbildung und Beratung diesen Auftrag wirksam erfüllen können, bedarf es einer verlässlich gesicherten Finanzierung sowie attraktiver Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. Während der Pandemie standen jedoch auch die Einrichtungen selbst vor erheblichen Herausforderungen: Sie waren zeitweise geschlossen oder nur eingeschränkt erreichbar, Einnahmen durch Teilnahmegebühren fielen weg, und angesichts ohnehin begrenzter finanzieller Spielräume und eines anhaltenden Fachkräftemangels gestaltete sich die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen äußerst schwierig (Lüken-Klaßen et al., 2020).

Auch fünf Jahre später hat sich die Situation kaum entspannt. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist weiterhin hoch (Meiner-Teuber & Pothmann, 2024), während der soziale Sektor mit massiven Kürzungen konfrontiert ist. Zugleich steigen Sach- und Personalkosten kontinuierlich, sodass insbesondere die präventiv ausgerichtete Familienbildung in Teilen existenziell gefährdet ist und sich aktuell, wie Trieloff (2025) formuliert, „am Kipppunkt“ befindet.

Große Herausforderungen für Familien – besonders für bereits zuvor belastete Familien

Die Befragungsdaten des Projekts „kontakt.los! Bildung und Beratung für Familien während der Corona-Pandemie“ (siehe Infokasten) verdeutlichen, welche erhebliche Belastung die Pandemie für Familien und Fachpraxis darstellte. Dies zeigte sich in den Themen, mit denen sich Eltern und Schwangere an Fachkräfte wandten: Sie spiegelten die vielfältigen Sorgen und Herausforderungen wider, die

aus der angespannten Betreuungssituation sowie aus gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Belastungen resultierten: 2020 fielen die meisten Anliegen der Eltern in den Themenkomplex „Krisen, Problemlagen und belastende Lebensereignisse"; zudem nahmen die Anliegen rund um die psychische Gesundheit zu. In den niedrigschwelligen Einrichtungen der Familienbildung zeigten sich diese Veränderungen besonders stark (Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 21).

Wie unsere zweite Befragung zeigt, stiegen die Belastungen der Familien im Verlauf der Pandemie an: Die Anliegen zum Thema „Psychische Gesundheit, Ängste, Mobbing" nahmen teilweise markant zu. Zum Teil war die Belastung so groß, dass Eltern und Schwangere in einigen Einrichtungstypen vermehrt Themen im Bereich „häusliche Gewalt und Aggression" ansprachen und Fachkräfte auch mehr Fälle von Kindeswohlgefährdung wahrnahmen.

Anliegen im Bereich der Primärprävention traten hingegen in den Hintergrund: Insbesondere über „Kindliche Entwicklung und Erziehung" und „Sexualität, Aufklärung, Verhütung und Familienplanung" wurde seltener gesprochen als vor der Pandemie.

Diese Entwicklung ist alarmierend. Falls Eltern und Schwangere ihre Fragen nicht anders klären konnten und die entsprechenden Informationen und Empfehlungen nicht auf anderem Wege einholen konnten, kann das bedeuten, dass Prävention, frühzeitige Förderung und Unterstützung versäumt wurden (Elsas et al. 2024, S. 25, 39).

Weniger Familien konnten Unterstützung erhalten

Im Frühling des ersten Pandemiejahres war rund ein Drittel der Familienbildungseinrichtungen und Beratungsstellen komplett geschlossen, zwei Drittel konnten nur mit Einschränkungen betreten werden. Um mit Familien in Kontakt zu bleiben, erprobten Fachkräfte neue Wege – digitale wie analoge, z. B. Beratung per Videotelefonie,

kontakt !! los!

Bildung und Beratung für Familien
während der Corona-Pandemie.

DAS PROJEKT KONTAKT.LOS!

Online-Befragung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

- Ziel: Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien und deren Unterstützungsbedarfe sowie auf Strukturen und Angebote der Familienbildung und der Beratung, insbesondere deren Digitalisierung
- Zielgruppe: Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe (Erziehungsberatung, Ehe- und Familienberatung sowie Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen), Einrichtungen der Familienbildung (Familienbildungsstätten, Familienstützpunkte, Mütter- und Familienzentren), Frühe Hilfen (KoKi – Koordinierende Kinderschutzstellen)
- Methode: Zwei Online-Befragungen aller staatlich anerkannten 719 Einrichtungen in Bayern (Vollerhebung); Teilnahmequote: 56 % bzw. 50 %
- Zeitraum: 06/2020 und 06/2021

Fortbildungsreihe für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe

- Ziele: Vermittlung und Stärkung digitaler Kompetenzen
- Zielgruppe: Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtungen der Familienbildung, Frühe Hilfen
- Methode: 31 digitale interaktive Vorträge, Seminare und World Cafés zu digitaler Bildung und Beratung, 1.130 Teilnahmen anschließende Online-Befragung; Teilnahmequote: 54 %
- Zeitraum: 11/2020 bis 03/2021

Weiterführende Infos: **www.ifb.bayern.de**

Paketbotschaften und Mitnehm-Angebote („Familienbildung to go“) oder Beratungs-Spaziergänge („Walk & Talk“). Dennoch wurden deutlich weniger Familien erreicht als üblich: Familienbildungseinrichtungen hatten im Mai 2020 einen Teilnahmerückgang von rund 80 Prozent. Und in den Koordinierenden Kinderschutzstellen, die sich um potenziell oder akut belastete Familien kümmern, ging die Anzahl der Klientinnen und Klienten um rund 60 Prozent zurück (Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 9 ff.).

Besorgniserregend ist, dass 69 Prozent der Fachkräfte angaben, ausgerechnet Familien in belastenden Lebenslagen schlechter zu erreichen: Alleinerziehende, Eltern von Säuglingen, Geflüchtete. Fachkräfte warnten, Benachteiligte würden „weiter abgehängt“, gefährdete Kinder und ihre Familien seien „von der Bildfläche verschwunden“, und die sonst wirksamen Präventions- und Meldeketten, die bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung greifen, seien unterbrochen, weswegen Probleme erst später sichtbar werden könnten (Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 12 ff.).

Auch im Jahr 2021, zum Zeitpunkt der zweiten Befragung, zeigte sich, dass die Teilnahmezahlen der meisten Einrichtungen immer noch deutlich niedriger lagen als vor der Pandemie. In der stärker problembezogenen Ehe- und Familien- sowie Erziehungsberatung war es hingegen genau andersherum. Dort suchten im Mai 2021 mehr Personen Rat als vor der Pandemie – was auf vermehrte Probleme hinweist (Elsas et al., 2024, S. 18 ff.).

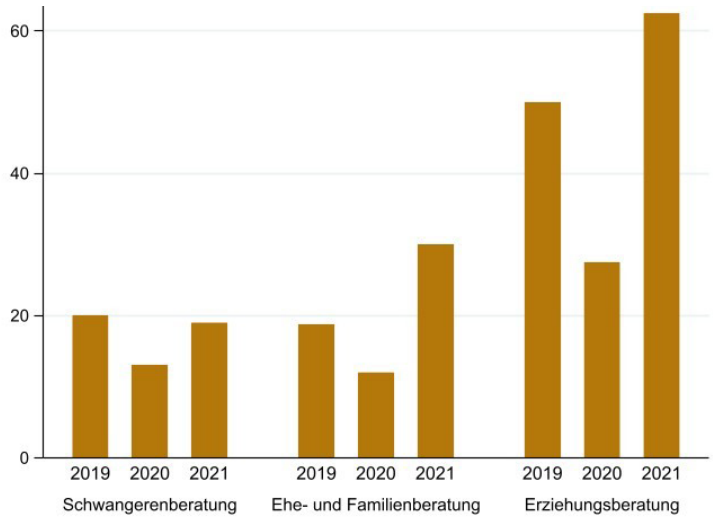
Nicht alle Familien konnten angemessen und rechtzeitig Hilfen erhalten: Einrichtungen der Familienbildung, insbesondere Familienstützpunkte, vermitteln Ratsuchende bei Bedarf normalerweise an weiterführende Hilfen. Während der Pandemie funktionierte diese Lotsenfunktion nur eingeschränkt: Fachkräfte verwiesen im Mai 2020 seltener und an weniger verschiedene Stellen als üblicherweise (Lüken-Klaßen et al., 2022, S. 492 f.).

Es ist davon auszugehen, dass die Bedarfe an Beratung nicht geringer waren als zuvor. Somit bedeutet der Rückgang der Teilnahmezahlen und der Lotsentätigkeit, dass übliche und notwendige Unterstützung von Familien nicht realisiert wurde. Die Auswirkungen dessen werden erst zeitversetzt erkennbar – und länger nachwirken. Verhängnisvoll ist dies insbesondere, wenn schwerwiegende Probleme oder Kindeswohlgefährdungen nicht frühzeitig erkannt oder adressiert werden konnten (Lüken-Klaßen et al., 2022, S. 496 f., Elsas et al., 2024, S. 40).

Digitalisierungsschub in Bildung und Beratung? Zögerlicher Start voller Hürden

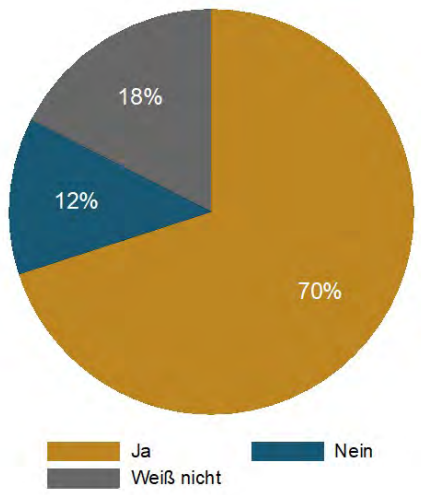
Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung in der Familienbildung und Beratung erkennbar vorangetrieben: Telefonische Beratung und Hotlines sowie E-Mail-Beratung – bereits vor der Pandemie übliche Kommunikationswege – wurden deutlich intensiviert und Beratungen vermehrt via Video-Telefonie geführt. Zudem digitalisierten Fachkräfte klassische Präsenz-Angebote: Während Webseminare vor der Pandemie nur bei 3 Prozent der

Mittlere Anzahl der Teilnehmenden pro Woche in Beratungsstellen



Quelle: Elsas et al., 2024, S. 20.

Geplante Fortführung digitaler Good Practices



Quelle: Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 31.

Einrichtungen Bestandteil des Angebots waren, hatte im Mai 2020 bereits rund ein Viertel der Einrichtungen Webseminare erprobt, sowohl für Erwachsene als auch für Eltern mit ihren Kindern, bspw. Online-Babymassage (Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 20).

Diejenigen Fachkräfte, die digitale Angebote implementierten, bspw. Online-Eltern-Kurse oder „Blended Counselling", machten größtenteils (70 %) so gute Erfahrungen, dass sie diese auch nach der Corona-Pandemie fortführen wollten (Lüken-Klaßen et al., 2020, S. 33).

Bei der Digitalisierung gab es zugleich vielfältige Hürden zu überwinden. Zum einen mangelte es vielerorts an der technischen Ausstattung und Infrastruktur: Während unserer Fortbildungen 2020 gab es deswegen wiederkehrende Probleme; viele Fachkräfte der Jugendämter griffen auf private Rechner zurück. Und selbst im Jahr 2021 nannten noch jeweils mehr als 40 Prozent der Fachkräfte fehlende Hard- und Software sowie eine zu langsame und instabile Internetverbindung als eine der größten Hürden bei der Digitalisierung ihrer Arbeit (Elsas et al., 2024, S. 33, Lüken-Klaßen & Kötting, 2023, S. 251).

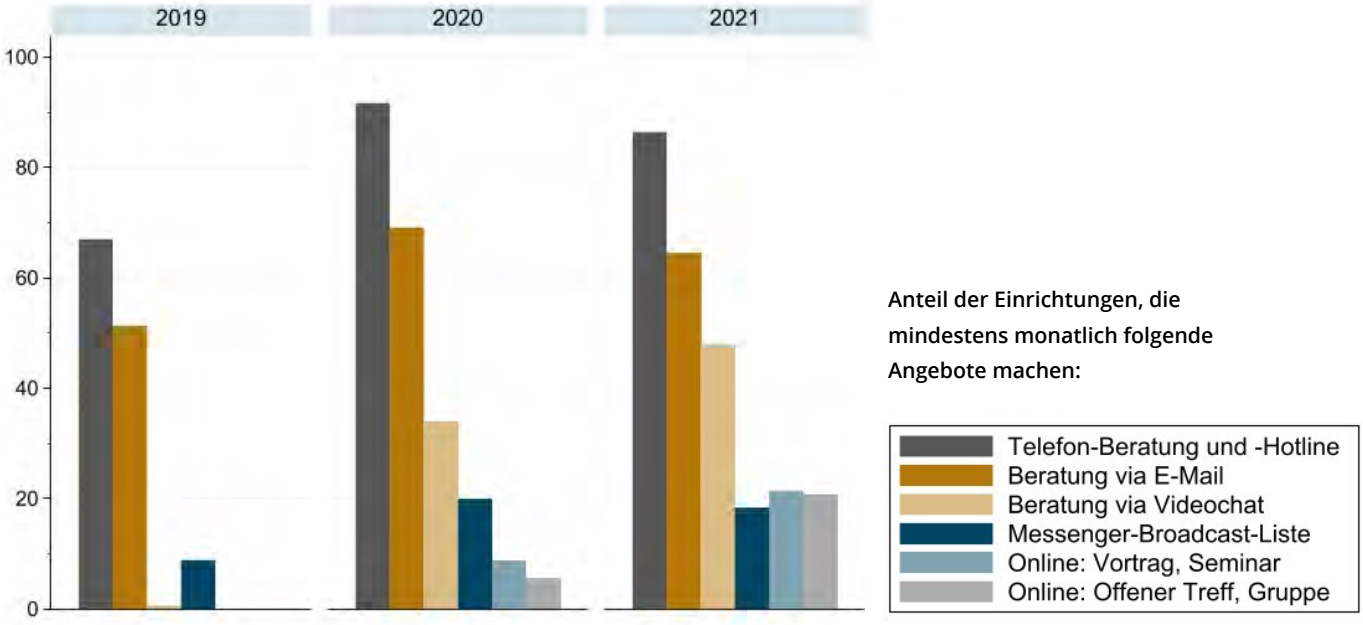
Auch Vorbehalte gegenüber digitalen Angeboten und fehlende Vertrautheit mit entsprechenden didaktischen Werkzeugen und Methoden behinderten den Digitalisierungsprozess. Mittels interaktiver Fortbildungen, die das Potenzial digitaler Methoden erlebbar aufzeigten, konnten latente kognitive Barrieren überwunden und Fachkräfte geschult und unterstützt werden, die Digitalisierung für sich und die Familien zu nutzen. Wurde bei der ersten Befragung und den ersten Fortbildungen 2020 einerseits viel Skepsis laut, so war die Nachfrage nach Fortbildungen dennoch groß, und rund 90 Prozent der Fachkräfte gaben nach der Teilnahme an, Anregungen für die eigene praktische Arbeit mitgenommen zu haben und die Digitalisierung voranbringen zu wollen. Im Jahr 2021 stieg die Anzahl der digitalen Angebote dann deutlich an (Elsas et al., 2024, S. 30, Lüken-Klaßen & Kötting, 2024).

Digitalisierung nimmt Fahrt auf

Im Verlauf der Pandemie etablierten sich digitale Tools. So nutzten im Mai 2021 drei Viertel der Einrichtungen Video-Telefonie, besonders häufig Ehe- und Familien- sowie Erziehungsberatungsstellen: rund 60 Prozent sogar regelmäßig mehrmals pro Woche. Auch Vorträge und Seminare wurden digital: Mehr als die Hälfte der Einrichtungen führten Webinare durch. Und 40 Prozent boten Eltern-Cafés und Offene Treffs in digitaler Form an, überwiegend Einrichtungen der Familienbildung (Elsas et al., 2024, S. 30).

Pädagogische Fachkräfte bewiesen somit eine hohe Kreativität, Motivation und auch Resilienz gegenüber Startschwierigkeiten – was sich auch in Zukunft fördern und nutzen lässt.

Digitalisierung von Familienbildung und Beratung



Quelle: Elsas & Lüken-Klaßen, 2024

Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten der Bildung, Beratung und Begegnung, verändert die Kommunikation – und damit auch die Vertraulichkeiten und Chancen: Im Gegensatz zu Präsenzangeboten fehlen im virtuellen Raum Gelegenheiten für die sonst typischen Tür- und Angelgespräche vor und nach Angeboten, vor allem bei Vorträgen. Die Ergebnisse der Online-Befragung machen deutlich, dass Fachkräfte von Eltern zu weniger verschiedenen Themen angesprochen wurden, insbesondere wenn Vorträge digitalisiert wurden. Für Online-Gruppen zeigte sich ein umgekehrtes Bild: Hier eröffnen sich im Vergleich zu nicht-digitalisierten Gruppen sogar neue Möglichkeiten für individuelle Anliegen. In Beratungssettings fand sich hingegen kein Zusammenhang zwischen der Digitalisierung und der Anzahl an verschiedenen angesprochenen Themen (Elsas & Lüken-Klaßen, 2024).

Je nach Angebotsformat wirkte sich die Digitalisierung somit unterschiedlich auf Interaktionen in Familienbildung und Beratung aus – ein Effekt, den es über die Pandemie hinaus zu beachten gilt und der genutzt werden kann.

Auf einen Blick

Während der Corona-Pandemie wendeten sich Familien mit anderen, oft schwerwiegenderen und dringlicheren Anliegen an familienunterstützende Einrichtungen.

Deren Angebote waren jedoch eingeschränkt, und die Zugangshürden größer als gewöhnlich, sodass weniger Familien angemessene Unterstützung bekommen haben.

Fachkräfte haben auf pragmatische Weise neue Wege gefunden, um mit Familien in Kontakt zu bleiben, zum Beispiel Beratungs-Spaziergänge und Mitnehm-Angebote. Zudem nutzten und entwickelten sie neue digitale Methoden: Video-Beratung, digitale Vorträge und interaktive Online-Kurse. Der Großteil dieser Angebote wurde als erfolgreich bewertet.

Knappe finanzielle und personelle Ressourcen sowie mangelhafte technische Infrastruktur erschwerten eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen. Trotz Flexibilität und Kreativität der Fachkräfte konnten sehr viel weniger Menschen familienunterstützende Angebote nutzen als vor der Pandemie. Insbesondere belastete Familien wurden schlechter erreicht.

Entwicklungsbedarf

Digitale Angebote der Familienbildung und Beratung bieten zusätzliche Chancen, Eltern zu erreichen, Austausch anzuregen und Familien zu unterstützen. Die während der Pandemie gewonnenen Erfahrungen können produktiv genutzt werden. Dafür benötigen Einrichtungen mehr Ressourcen für IT-Infrastruktur, Fortbildungen und Qualitätssicherung.

Während der Pandemie versäumte Prävention, Förderung und Unterstützung können sich nachteilig auf Familien und das gesunde Aufwachsen von Kindern auswirken. Vor diesem Hintergrund müssen Fachpraxis, Politik und Forschung die Entwicklung der Belastungen und Bedarfe von Familien besonders aufmerksam beobachten und sollten wirksame Unterstützung bereitstellen.

Familienunterstützende Einrichtungen tragen effektiv zur Bewältigung von Veränderungen, Umbrüchen und Krisen bei. Es ist daher essenziell, ihre Funktionsfähigkeit auch und gerade in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten.

Doris Lüken-Klaßen

ist Soziologin mit Spezialisierung auf Migration und Integration sowie auf Eltern- und Familienbildung. Sie ist Senior Researcher am ifb – Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
doris.lueken-klassen@uni-bamberg.de

Regina Neumann

ist Soziologin und arbeitet als Senior Researcher im Bereich der angewandten Forschung zu Themen der Eltern- und Familienbildung am ifb – Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
regina.neumann@ifb.uni-bamberg.de

ifb STAATSINSTITUT FÜR FAMILIENFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT BAMBERG

LITERATUR

BMFSFJ (2021): Neunter Familienbericht. Eltern sein in Deutschland. Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt mit Stellungnahme der Bundesregierung (Drucksache 19/27200). Berlin.

Bujard, M., van den Driesch, E., Ruckdeschel, K., Laß, I., Thönnissen, C., Schumann, A., & Schneider, N. F. (2021). Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie (BiB.Bevölkerungs. Studien, 2/2021). Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). https://doi.org/10.12765/bro-2021-02

Diabaté, S., Frembs, L. C., Kaiser, T., & Bujard, M. (2024). Einsamkeit im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter angestiegen. Wer ist betroffen und wie hat sich das Einsamkeitsempfinden entwickelt? FReDA Policy Brief, Mai 2024. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB).

Elsas, S., & Lüken-Klaßen, D. (2024, April 18). Content and confidentiality of digitalized interactions in family-centered social work [Conference presentation]. European Conference for Social Work Research (ECSWR) 2024, Vilnius, Litauen. https://www.researchgate.net/publication/396522327_Content_and confidentiality_of_digitalized_interactions_in_family-centered_social_work

Elsas, S., Rinklake, A., & Lüken-Klaßen, D. (2024). ifb/Familienreport: Familien in der Corona-Pandemie – Unterstützung durch Familienbildung und Beratung in Bayern. Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. https://doi.org/10.20378/irb-94585

Fendrich, S., & Tabel, A. (2025). Erziehungsberatung auf neuem Höchststand. KOMDAT Jugendhilfe. 28(1–2), 20–23.

Hanewinkel, R., Hansen, J., & Neumann, C. (2024). Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse des Präventionsradar 2023/2024. IFT-Nord.

Lüken-Klaßen, D., & Kötting, J.-H. (2023). The two levels of digital adult education: Adult educators as learners and providers of digital services. In L. Formenti, A. Galimberti, & G. Del Negro (Eds.), New seeds for a world to come: Policies, practices and lives in adult education and learning. Ledizioni. 249–254. https://doi.org/10.5281/zenodo.8017866

Lüken-Klaßen, D., & Kötting, J. H. (2024). Nudging digitalisation: innovative methods to stimulate digital adult education. International Journal of Lifelong Education. 43(4). 401–416. https://doi.org/10.1080/02601370.2024.2356819

Lüken-Klaßen, D., & Neumann, R. (2019). Familienbildung mit Geflüchteten. Barrieren erkennen und überwinden. In T. Geisen, C. Iller, S. Kleint, & F. Schirrmacher (Hrsg.), Familienbildung in der Migrationsgesellschaft: Interdisziplinäre Praxisforschung. Waxmann. 191–204.

Lüken-Klaßen, D., Neumann, R., & Elsas, S. (2020). kontakt.los! Bildung und Beratung für Familien während der Corona-Pandemie. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. https://doi.org/10.20378/irb-48811

Lüken-Klaßen, D., Neumann, R., & Elsas, S. (2022). Familienbildung im Lockdown: Herausforderungen und Lösungsansätze während der Corona-Pandemie. In U. Müller-Giebeler & M. Zufacher (Hrsg.), Familienbildung – Praxisbezogene, empirische und theoretische Perspektiven. Beltz, 488–498.

Meiner-Teubner, C., & Pothmann, J. (2024). Wachsender Personalmangel in der Kinder- und Jugendhilfe. DJI Impulse. 2/2024, 4–11.

Trieloff, N. (2025). Familienbildung am Kipppunkt: Zwischen gesetzlichem Auftrag, gesellschaftlicher Verantwortung und Kürzungsdruck. In evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (Hrsg.), Familienpolitische Informationen. 2/2025, 2–6.

evangelische arbeitsgemeinschaft familie

evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V.
Auguststr. 80
10117 Berlin
Tel. +49 (0) 30 28 39 54 00
info@eaf-bund.de
www.eaf-bund.de

Bundesgeschäftsführerin:
Nicole Trieloff

Präsident:
Prof. Dr. Martin Bujard

FAMILIENPOLITISCHER NEWSLETTER

Informationen aus Familienpolitik und Familienforschung, Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen und Neuigkeiten aus unserer Verbandsarbeit

www.eaf-bund.de/publikationen/familienpolitischer-newsletter

INFOBRIEF FAMILIENBILDUNG

Neuigkeiten aus der Familienbildung und der Verbandsarbeit der eaf.

www.eaf-bund.de/publikationen/infobrief-familienbildung

PRESSEMITTEILUNGEN

www.eaf-bund.de/publikationen/pressemitteilungen

IMPRESSUM

ISSN (Online) 2942-6197

Herausgeber: evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V.
Für den Inhalt verantwortlich: Nicole Trieloff
Redaktion und Layoutumsetzung: Janina Noormann

Die Familienpolitischen Informationen erscheinen viermal im Jahr.

Abonnement unter:
www.eaf-bund.de/publikationen/fachzeitschrift-fpi

Spenden in jeder Höhe sind sehr willkommen.
Unsere Kontoverbindung:
KD-Bank IBAN: DE87 3506 0190 1567 1830 13, BIC: GENODED1DKD
Verwendungszweck: Spende an die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V.

Wir freuen uns, wenn Sie etwas abdrucken wollen: Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen bitten wir um Rücksprache, im Übrigen um Quellen- und Autorenangabe (auch bei Auszügen) sowie um Zusendung eines Belegexemplars.